

Kostenerstattung für nach § 42 Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB) freigestellte Personen, die ehrenamtlich und führend in der Jugendarbeit tätig sind

Datenschutzbestimmungen aufgrund des Inkrafttretens der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) – Information nach Art. 13 der Verordnung (EU) Nr. 2016/679

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zusammenhang mit Ihrer Antragstellung auf Kostenerstattung nach § 47 HKJGB wurden personenbezogene Daten mitgeteilt. Aufgrund der Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten komme ich meiner Informationspflicht nach und gebe Ihnen die nach Art. 13 DS-GVO erforderlichen Informationen:

1. Verantwortlicher der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

Verantwortlicher der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist das Hessische Amt für Versorgung und Soziales Wiesbaden.

Sie erreichen das Hessische Amt für Versorgung und Soziales Wiesbaden wie folgt:

Postanschrift: Hessisches Amt für Versorgung und Soziales Wiesbaden, Mainzer Straße 35, 65185 Wiesbaden
Email: poststelle @havs-wie.hessen.de
Telefon: 0611 7157-0
Telefax: 0611 327644888

2. Die/den Datenschutzbeauftragte(n) des Hessischen Amtes für Versorgung und Soziales Wiesbaden erreichen Sie unter:

Die oder der Datenschutzbeauftragte des Hessischen Amtes für Versorgung und Soziales Wiesbaden
Mainzer Straße 35
65185 Wiesbaden
Email: dsb@havs-wie.hessen.de

3. Zwecke der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und Rechtsgrundlage

Zweck der Verarbeitung ist die Abwicklung des Kostenerstattungsverfahrens nach § 47 HKJGB.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 DS-GVO.

Als Arbeitgeber verpflichten Sie sich, im Rahmen des Antragsverfahrens eine Einwilligung der beschäftigten Person zur Weitergabe von persönlichen Daten einzuholen. Das entsprechende Dokument ist bis zu fünf Jahre nach Erteilung des Erstattungsbescheides von Ihnen vorzuhalten.

4. Empfänger der personenbezogenen Daten

Soweit dies zur Bearbeitung der Anträge erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte übermittelt.

Hierzu gehören insbesondere die Weitergabe an das Hessische Ministerium für Soziales und Integration, Sonnenberger Str. 2/2a, 65193 Wiesbaden, zur fachlichen und haushaltsrechtlichen Abstimmung.

Zur Abwicklung der Zahlung erfolgt eine Weitergabe Ihrer Bankdaten an die behördeninterne Buchhaltung und das Hessische Competence Center, Mainzer Straße 75, 65189 Wiesbaden.

Im Falle einer Prüfung werden die Daten dem Prüfungsamt des Hessischen Rechnungshofes, Tischbeinstraße 32a, 34121 Kassel zugänglich gemacht.

Die übermittelten Daten dürfen von den vorgenannten Stellen ausschließlich zu den vorgenannten Zwecken verwendet werden.

5. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten

Die für die Durchführung des Erstattungsverfahrens erhobenen personenbezogenen Daten werden nach Abschluss des Verfahrens noch für die Dauer von fünf Jahren aufbewahrt.

6. Bestehen datenschutzrechtlicher Rechte einer betroffenen Person

Zugunsten der von einer Verarbeitung personenbezogener Daten betroffenen Person besteht ein Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die betreffenden personenbezogenen Daten, auf Berichtigung, Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung und ein Recht auf Datenübertragbarkeit.

7. Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Verordnung (EU) Nr. 2016/679 (Datenschutzgrundverordnung – DS-GVO) verstößt. Aufsichtsbehörde ist in Hessen die oder Hessische Datenschutzbeauftragte, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden.

8. Verpflichtung zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Wie unter Ziffer 3 ausgeführt, erfolgt die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten zur Bearbeitung Ihres Erstattungsantrages. Ohne die Bereitstellung dieser Daten können entsprechende Anträge nicht bearbeitet werden.

9. Internetangebot

Das Internetangebot wird von der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (www.hzd.hessen.de) als technischem Dienstleister in unserem Auftrag und nach unseren Vorgaben vorgehalten. Sie erhebt Daten über jeden Zugriff auf den Online-Service (logfiles) im technisch notwendigen Umfang. Zu diesen Zugriffsdaten gehören:

- IP-Adresse
- Session-ID
- Name der abgerufenen Webseite
- Datei, Datum und Uhrzeit des Abrufs
- Übertragene Datenmenge
- Meldung über erfolgreichen Abruf
- Browsertyp nebst Version
- Referrer URL

Aus Gründen der Datensicherheit, also um unerlaubte Zugriffe aufzuklären oder Missbrauch der Internetseite verhindern zu können, wird die vollständige IP-Adresse des anfordernden Rechners erfasst, gespeichert und sieben Tage nach dem Ende des Zugriffs automatisch gelöscht. Die restlichen Zugriffsdaten werden in anonymisierter Form 31 Tage aufgehoben. Ein Drittstaatentransfer, eine Übermittlung Ihrer Daten an Dritte oder eine internationale Organisation findet nicht statt. Eine automatisierte Entscheidungsfindung findet nicht statt.